KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Simone Oldenburg, Fraktion DIE LINKE

Schutzkonzept und gesonderte Gefährdungsbeurteilung aufgrund der Infektionsgefahren durch das Covid-19-Virus

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Existiert hinsichtlich der Infektionsgefahren durch das Covid-19-Virus ein einheitliches Schutzkonzept des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit entsprechenden Gefährdungsbeurteilungen für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen?

In der aktuellen Situation ist die Einhaltung von Hygienevorschriften vor dem Hintergrund der Entwicklung der Infektionsfälle im Rahmen der Corona-Pandemie von besonderer Bedeutung. Alle Schulen verfügen nach § 36 in Verbindung mit § 33 Nummer 3 Infektionsschutzgesetz über einen eigenen, auf die speziellen Gegebenheiten angepassten schulischen Hygieneplan, in dem die wichtigsten Eckpunkte nach dem Infektionsschutzgesetz geregelt sind. Der „Hygieneplan Corona für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern“ dient als Ergänzung der einzelnen schulischen Hygienepläne. Er wurde gemeinsam mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales sowie führenden Wissenschaftlern der Universitätsmedizin Rostock erarbeitet.

2. Welche Unterstützung durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erhalten Schulleitungen bei den erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen hinsichtlich der Infektionsgefahren durch das Covid-19-Virus?

Das RKI in Berlin beobachtet und bewertet die Lage stetig und ist bundesweit die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um Covid-19. Hierfür kooperieren die Schulen und Schulbehörden mit den zuständigen Gesundheitsämtern der Kreise und kreisfreien Städte.

Darüber hinaus wurden und werden die Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit Hinweisschreiben bezüglich notwendiger Änderungen im Schulalltag und der Schulorganisation zur Einhaltung des notwendigen Gesundheitsschutzes zeitnah durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern informiert.

3. Wie werden Schulleitungen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen als Arbeitsschutzverantwortliche hinsichtlich der bestehenden Infektionsgefahren durch das Covid-19-Virus im Schulbetrieb besonders weitergebildet?

Durch die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern „Unfallverhütung und Sicherheit in Schulen“ vom 25. Januar 2018 wurden die Schulleiterinnen und Schulleiter mit den Aufgaben eines Arbeitgebers im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes und der Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung - GefStoffV) betraut. Sie sind verantwortlich für die Durchführung von Arbeitsschutzmaßnahmen sowie für eine sicherheits- und gesundheitsfördernde Organisation und Durchführung aller schulischen Veranstaltungen und Maßnahmen (innerer Schulbereich).

Gefährdungsbeurteilungen seitens der Schulleitungen erfolgen nur für allgemeine oder psychische Belastungen sowie für den Mutterschutz. Den Schulleiterinnen und Schulleitern werden die für den allgemeinen Schulbetrieb notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt. Auf den Internetseiten des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur sind sowohl alle Hinweisschreiben als auch die Seiten insbesondere des RKI verlinkt. Eine Belehrung über den Hygieneplan Corona war verpflichtend für alle Lehrkräfte. Weitergehende Fortbildungsmaßnahmen haben schon aufgrund der Tatsache, dass Fortbildungsmaßnahmen insgesamt in keinem Bereich stattfinden konnten, bisher nicht stattgefunden. Alle Schulleitungen wissen und sind mehrfach mündlich wie schriftlich informiert worden, dass bei allen auftretenden Fragen ihre zuständigen Schulrätinnen und Schulräte als Erstansprechpersonen zur Verfügung stehen.

4. Welche Informationen werden den Mitgliedern der Schulleitungen zur Umsetzung und Implementierung von Schutzkonzepten mit Gefährdungsbeurteilungen im Zusammenhang mit Infektionsgefahren vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt?

Die Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden mit Hinweisschreiben bezüglich notwendiger Änderungen im Schulalltag und der Schulorganisation durch das neuartige Coronavirus (SARS-CoV-2) regelmäßig durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern informiert.

Bezüglich der Gefährdungsbeurteilungen wird auf die Beantwortung in Frage 1 verwiesen.

5. Welche Sanktionsmaßnahmen stehen den Schulen bei Verstößen von Schülerinnen und Schülern gegen die Hygienebestimmungen zur Verfügung?
Welche Festlegungen hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hierzu getroffen?

Es gelten nach D. Ziffer 1 der Allgemeinverfügung der Landesregierung zum Besuch von Schulen, Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege zur Eindämmung der Atemwegserkrankung COVID-19/ Übertragung von SARS-CoV-2 vom 17. April 2020 die Bußgeldvorschriften des § 73 Absatz 1a Nummer 6 Infektionsschutzgesetz sowie die in § 10 der Verordnung der Landesregierung zum dauerhaften Schutz gegen das neuartige Coronavirus in Mecklenburg-Vorpommern vom 8. Mai 2020 genannten Strafvorschriften und Ordnungswidrigkeiten.

Den Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern stehen nach dem Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V) jedoch verschiedene Erziehungs- beziehungsweise Ordnungsmaßnahmen regulär zur Verfügung. Das Wort „Sanktionen“ wird im SchulG M-V sprachlich nicht verwendet.

Grundsätzlich ist gemäß § 60 SchulG M-V der Schutz von Personen und Sachen vor allem durch pädagogische Maßnahmen zu gewährleisten. Diese werden von der Lehrkraft im Rahmen ihrer oder seiner pädagogischen Verantwortung unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit ausgesprochen, die das Fehlverhalten wahrnimmt.

Die Erziehungsberechtigten sind in geeigneter Weise zu informieren. Zu den Maßnahmen bei Erziehungskonflikten und Unterrichtsstörungen gehören im Schuljahr 2019/2020 folgende Maßnahmen:

1. das erzieherische Gespräch,
2. gemeinsame Absprachen,
3. der mündliche Tadel,
4. die Eintragung in das Klassenbuch,
5. der Ausschluss von der laufenden Unterrichtsstunde,

6. die Nacharbeit unter Aufsicht nach vorheriger Benachrichtigung der Erziehungsberechtigten,
7. die Wiedergutmachung angerichteten Schadens,
8. die vorübergehende Einziehung von Gegenständen.

Soweit Maßnahmen nach § 60 SchulG M-V nicht zu einer Konfliktlösung geführt haben oder um einer Gefahr für andere Schülerinnen und Schüler zu begegnen, können in den Sekundarbereichen I und II unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit auch Ordnungsmaßnahmen nach § 60a Absatz 1 Satz 2 SchulG M-V getroffen werden. Ordnungsmaßnahmen sind

1. der schriftliche Verweis durch die Lehrerin oder den Lehrer im Benehmen mit der Klassenlehrerin oder dem Klassenlehrer, in schwerwiegenden Fällen auch durch die Schulleiterin oder den Schulleiter,
2. die Überweisung in eine Parallelklasse oder eine entsprechende organisatorische Gliederung durch die Teilkonferenz nach den Sätzen 3 und 4,
3. der Ausschluss vom Unterricht und sonstigen schulischen Veranstaltungen
 - a) bis zu drei Tagen durch die Schulleiterin oder den Schulleiter,
 - b) bis zu drei Monaten durch die Teilkonferenz nach den Sätzen 3 und 4,
4. die Überweisung in eine andere Schule mit dem gleichen Bildungsabschluss durch die zuständige Schulbehörde,
5. die Verweisung von allen Schulen durch die zuständige Schulbehörde. Die Verweisung von allen Schulen darf im Sekundarbereich I lediglich nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht und im Sekundarbereich II nicht bei nach § 42 Absatz 2 Satz 1 berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern angeordnet werden.

Zuständig für Ordnungsmaßnahmen nach § 60a Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 3 Buchstabe b ist eine von der Lehrerkonferenz berufene Teilkonferenz. Der Teilkonferenz gehören ein Mitglied der Schulleitung, die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer und drei weitere für die Dauer eines Schuljahres zu wählende Lehrerinnen und Lehrer sowie eine Vertreterin oder ein Vertreter des Schülerrates an.

Darüber hinaus hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern keine Erziehungs- beziehungsweise Ordnungsmaßnahmen bei Verstößen von Schülerinnen und Schülern gegen die Hygienebestimmungen getroffen.

6. In welchen Zeitabständen müssen die Gefährdungsbeurteilungen überprüft werden?
Wie sind die Elternvertretungen über die getroffenen Maßnahmen zu informieren?

Die Gefährdungsbeurteilung ist vor Aufnahme der Tätigkeiten durchzuführen und dann kontinuierlich zu überprüfen sowie bei Bedarf zu aktualisieren, insbesondere:

- a) bei wesentlichen Veränderungen in der Arbeitsstätte, zum Beispiel: der Umgestaltung der bestehenden Arbeitsstätte, der Festlegung von Arbeitsplätzen, der Änderung der Arbeitsorganisation, im Zusammenhang mit dem Einsatz anderer Arbeitsmittel oder Arbeitsstoffe, im Zusammenhang mit der Änderung oder Beschaffung von Geräten und Einrichtungen, bei der Änderung von relevanten Rechtsvorschriften oder von Technischen Regeln,
- b) bei neuen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen beziehungsweise Veränderungen des Standes der Technik, Arbeitsmedizin und Hygiene,
- c) nach dem Erkennen von kritischen Situationen (zum Beispiel Beinahe-Unfällen, Fehlzeiten infolge arbeitsbedingter Gesundheitsbeeinträchtigungen sowie Erkenntnissen aus der arbeitsmedizinischen Vorsorge),
- d) nach Bekanntwerden einer Behinderung bei Beschäftigten oder
- e) nach Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

Die Gefährdungsbeurteilung ist zu dokumentieren.

Grundsätzlich ist die Schulleiterin oder der Schulleiter gemäß § 101 Absatz 4 Nummer 5 SchulG M-V insbesondere verpflichtet, die Arbeit der Schüler- und Elternvertretung zu unterstützen. Die Form variiert nach dem jeweiligen Erfordernis. Bezüglich der Gefährdungsbeurteilungen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.